

GROSSER RAT

GR.17.242

VORSTOSS

Interpellation Jeanine Glarner, FDP, Möriken-Wildegg, vom 26. September 2017 betreffend Flugzeugabsturz in Würenlingen vom 21. Februar 1970

Text und Begründung:

Am 21. Februar 1970 stürzte nach einer Explosion in Würenlingen eine Swissair ab, 47 Menschen verloren dabei ihr Leben. Dieses Ereignis ist bis heute der grösste Terroranschlag, den die Schweiz je erlebte. Obwohl die Namen der Attentäter bekannt sind, kommt es nie zu einer Anklage. Im Jahr 2000 wurden die Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft eingestellt. Die Hinterbliebenen der Opfer haben bis heute keine Gerechtigkeit erfahren. Enthüllungen vermuten den Grund dafür: ein mögliches Geheimabkommen zwischen dem Bundesrat und der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat den Bundesrat Anfang 2016 ersucht, die Vorgänge in diesem Zusammenhang zu untersuchen. Der Bundesrat setzte im Februar 2016 eine Interdepartementale Arbeitsgruppe "1970" (IDA) ein, die allerdings zum Schluss kam, dass es keine Abkommen gegeben hätte. Mittlerweile ist ein Dokument des FBI aufgetaucht, welches neue Erkenntnisse bringt. Die Bundesanwaltschaft klärt aktuell, ob die Ermittlungen deshalb wieder aufgenommen werden.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Der Regierungsrat hat Anfang 2016 den Bundesrat ersucht, die Vorgänge rund um den Terroranschlag zu untersuchen. Hat der Regierungsrat in dieser Angelegenheit seither wieder etwas unternommen?
2. Die Übungsanlage der Interdepartementalen Arbeitsgruppe "1970" (IDA) ist aus wissenschaftlicher Sicht zumindest fragwürdig. Es stellt sich bspw. die Frage, warum nicht unabhängige Historiker die Untersuchung vorgenommen haben. Ist der Regierungsrat des Kantons Aargau mit dem Ergebnis der Interdepartementalen Arbeitsgruppe "1970" (IDA) zufrieden?
3. Rund um den Terroranschlag vom 21. Februar 1970 bestehen weiterhin einige offene Fragen. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass alles daran gesetzt werden muss, diese Fragen lückenlos zu klären – und zwar juristisch wie politisch?
4. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Vorgänge rund um den Terroranschlag nach Auftauchen des FBI-Dokuments von der Bundesanwaltschaft strafrechtlich neu aufgerollt werden und die Attentäter – wenn auch spät – doch noch zur Verantwortung gezogen werden müssen?
5. Auch wenn der Kanton Aargau dannzumal nicht verfahrensführend war. 47 Menschen wurden auf Territorium des Kantons Aargau getötet – 47 Todesfälle, die bis heute nicht aufgeklärt sind. Was wird der Regierungsrat unternehmen, damit die Vorgänge lückenlos geklärt werden?

Mitunterzeichnet von 11 Ratsmitgliedern